

Rolf-Jürgen Gleitsmann-Topp

Protest und Widerstand

gegen die

Ansiedlung der
Bundes-Reaktorstation
in Karlsruhe

September 1955 – September 1958

Der 19. Juli 1956 war für Karlsruhe ein Tag des Triumphes. Mit dem feierlichen Festakt zur Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der „Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH“¹ (KBB) im Kleinen Saal der Stadthalle wurde öffentlich besiegelt, dass Karlsruhe der Standort für die Bundes-Reaktorstation sein würde, also eines kleinen Forschungsreaktors mit einer Leistung von 10 bis 12 MW, sowie der entsprechenden Infrastruktur an wissenschaftlichen Instituten und Anlagen auf einer Grundstückfläche von etwa 100 ha.² Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Bundes- und Landespolitik, aus Wirtschaft und Wissenschaft waren anwesend, um diesem bedeutsamen, zukunftsweisenden Ereignis die angemessene Würdigung zuteilwerden zu lassen.³ Die jahrelangen intensiven Bemühungen in dieser Angelegenheit, federführend angeregt und betrieben durch den umtriebigen Oberbürgermeister der Stadt, Günther Klotz, hatten sich ausgezahlt. Karlsruhe und nicht sein lange favorisierter Konkurrent München⁴ würde Standort der Zukunftstechnologie „Kernenergie“ sein,⁵ mithin Nukleus einer Deutschen Atomindustrieentwicklung mit schier unerschöpflichen Potentialen an wissenschaftlichem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum. Hierauf würde gerade die junge Bundesrepublik als Wachstumsgesellschaft mit ihrer exportorientierten Wirtschaft keinesfalls verzichten können. „Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, der Lebensstandard unserer Bevölkerung, der soziale Friede hängen davon ab, daß wir alle Anstrengungen machen, um die Atomenergie zu entwickeln“⁶, so der baden-Württembergische Wirtschaftsminister Hermann Veit in seiner Ansprache zur Gründung der KBB. Schon in der Presseerklärung des baden-Württembergischen Staatsministeriums zur Entscheidungsfindung über den Reaktorstandort Karlsruhe vom 2. August 1955 hieß es bezüglich dieser Thematik u.a.: „Das Land Baden-Württemberg hat im Hinblick auf den zunehmenden Energiebedarf und in Erkenntnis der technischen Bedürfnisse seiner Industrie Wert darauf gelegt, sich maßgeblich an der deutschen Atomforschung zu beteiligen.“⁷ Um sich diese Perspektive zu eröffnen, hatten Politik und Verwaltung der Stadt Karlsruhe, maßgeblich unterstützt durch die Landesregierung Baden-Württemberg,

nichts unversucht gelassen, die eigenen Chancen zur Erlangung des Zuschlags zur Errichtung des „ersten deutschen Atomforschungsmeilers“ in jedweder Weise zu optimieren. Das Spektrum an diesbezüglich einschlägigen Aktivitäten war vielfältig. Es reichte dabei, um nur einige wenige Aspekte zu benennen, auf politischer Ebene bis hin zur direkten Einflussnahme auf Entscheidungsträger auf Bundeskabinetts-ebene, weitreichende finanzielle Zusagen durch das Land Baden-Württemberg mit der Übernahme von 20 % der Kosten zur Errichtung der Reaktorstation⁸, kostenlose zur Verfügungstellung von 100 Hektar Bauland für das Vorhaben durch die Stadt Karlsruhe oder auch einem demonstrativ aufmerksamen Umgang mit beteiligten Wissenschaftlern und den Mitgliedern des Planungsausschusses der Physikalischen Studiengesellschaft bei Standortbesichtigungen.⁹ Schon recht früh, das heißt im Mai 1953, war Oberbürgermeister Klotz auch an die Generalverwaltung der wissenschaftspolitisch höchst einflussreichen Max-Planck-Gesellschaft (MPG) herangetreten, und hatte dieser die weitreichende Bereitschaft der Stadtverwaltung Karlsruhe versichert, „die Angelegenheit (Reaktorbau und Verlegung von MP-Instituten nach Karlsruhe; R-J.G.) in jeder möglichen Weise zu unterstützen, und zwar sowohl durch Bereitstellung von Gelände, als auch durch sonstiges Entgegenkommen, auch finanzieller Art.“¹⁰

Auch auf stadtpolitischer Ebene wurde OB Klotz in vorausschauender Weise tätig, indem er am 20. September 1955 seine „Vorlage zur Erstellung eines Atommeilers auf der Gemarkung Karlsruhe“ im Stadtrat einbrachte und zur Diskussion stellte.¹¹ Ziel war es, sich parteiübergreifend der Zustimmung der politischen Mandatsträger zu versichern, um so das Vorhaben öffentlichkeitswirksam zu legitimieren. Dass diese Vorgehensweise erhebliche politische Sprengkraft besitzen konnte, war OB Klotz durchaus bewusst. Zum einen war ihm das Abstimmungsergebnis des Münchner Stadtrates zur „Errichtung einer Atommeiler-Station im Raum München“ vom 16. Februar 1954¹² bekannt. Dieses war nach heftiger kontroverser Diskussion, anders als erwartet, mit einem Stimmenverhältnis von nur 30 zu 11 Stimmen für das Projekt doch recht bescheiden ausgefallen. Von einer „Atomeuphorie“ des Münchner

Stadtrates konnte mithin keine Rede sein. In Karlsruhe kam erschwerend hinzu, dass im Vorfeld der anstehenden Karlsruher Stadtratsitzung auf Initiative sowohl der Stadträtin Toni Menzinger (CDU), als auch der „Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisation“ unter ihrer Vorsitzenden Ilse Krall¹³ hin Sonderdrucke eines kurz zuvor in der Züricher Weltwoche erschienenen Artikels von Robert Jungk verteilt worden waren. Dieser hatte die außerordentliche Gefährdung durch radioaktive Strahlung als „Schatten über der Atomzukunft“¹⁴ thematisiert. Wie von den Initiatorinnen beabsichtigt, führte die Verteilung dieses Artikels nicht nur im Stadtrat, sondern auch in der städtischen Öffentlichkeit tatsächlich zu einer gewissen Beunruhigung.¹⁵ Dessen ungeachtet ging die Strategie des Karlsruher Oberbürgermeisters dennoch auf. Mit einer überwältigenden, fraktions- und parteiübergreifenden Mehrheit von 43 zu 6 Stimmen sprach sich der Stadtrat antragsgemäß für die Errichtung eines Atommeilers auf Karlsruher Gemarkung aus. Dieses Votum war umso überzeugender, als auch die das Vorhaben ablehnenden Stadtratsmitglieder sich keineswegs grundsätzlich gegen eine Atomenergienutzung ausgesprochen oder sich gar als „Fortschrittsfeinde“ positioniert hatten. Vielmehr lässt sich ihr Protest¹⁶, fasst man ihre Debattenbeiträge und persönlichen Erklärungen inhaltlich zusammen¹⁷, auf folgendes verdichten:

- 01** Der Stadtrat sei von seiner Kompetenz her mit einer so weitreichenden Entscheidung überfordert;
- 02** Eine derartige Technik solle generell nicht in Großstadtnähe angesiedelt werden;
- 03** Um eine endgültige Entscheidung treffen zu können, sei nicht nur die gutachterliche Stellungnahme von Physikern, sondern ebenso diejenige von Radiologen und Medizinerinnen einzuholen, um der Strahlenschutzproblematik gerecht zu werden (Stadträtin Menzinger/CDU);
- 04** Prinzipiell sei die Beherrschbarkeit jedweder Großtechnologie eine Illusion (Stadtrat Schöpf (FDP/DVP) und deren Ansiedlung deshalb abzulehnen);
- 05** Jedwedes Atomkraftwerk enthalte militärische Optionen, da bei dessen Betrieb Plutonium entstünde (Stadtrat Mezirek/KPD).

Das Votum des Stadtrates für eine Ansiedlung der Reaktorstation in Karlsruhe verlieh, wie von OB Klotz beabsichtigt, der Bewerbung deutlich öffentliches Gewicht. Dies umso mehr, als auch eine vom Meinungsforschungsinstitut EMNID unter der Karlsruher Bevölkerung durchgeführte Repräsentativumfrage als eindeutiger Erfolg und als Bestätigung der politischen Zielsetzung der Reaktorpläne des Oberbürgermeisters gewertet werden konnte.¹⁸

Dessen ungeachtet erlangte die Reaktor-thematik in der Öffentlichkeit im Rahmen des Festaktes zur Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der „Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH“ (KBB) vom 19. Juli 1956 nochmals unerwartete Aufmerksamkeit. Den zahlreich angereisten hochrangigen Besuchern dieser Veranstaltung aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, allen voran Bundes Atomminister Franz Josef Strauß, Nobelpreisträger Otto Hahn und Ministerpräsident Gebhard Müller, war etwas für die politische Kultur dieser Zeit schier Unglaubliches widerfahren: eine „Aktionsgemeinschaft für Strahlenschutz“, zudem noch lauter junge Leute, hatten sich, wie in der Presse berichtet wurde, erdreistet, der ankommenden Prominenz Flugblätter mit der Überschrift „Atomreaktor in Karlsruhe?“¹⁹ zu überreichen bzw. unter die Scheibenwischer der wartenden Limousinen zu klemmen.

Atomreaktor in Karlsruhe?

Wir halten es für unsere Gewissenspflicht, heute, am Tage der Unterzeichnung der Reaktor GmbH., die Bevölkerung auf folgendes aufmerksam zu machen:

Für alle Gebiete der wissenschaftlichen und industriellen Forschung erläßt der Gesetzgeber die unbedingt notwendigen Schutzbestimmungen, die in ihrer Wirksamkeit laufend ergänzt werden. Mit der gleichen Intensität, mit der Bund und Land die deutsche Atomforschung vorantreiben, müssen deshalb auch die notwendigen Schutzbestimmungen und deren stete Ergänzung garantiert werden. Nur unter dieser Voraussetzung dürfen wir uns an der Atomforschung beteiligen. Wenn heute die Reaktor GmbH. unterzeichnet wird, so müßte gleichzeitig das entsprechende Schutzgesetz bereits in Kraft sein! Das ist bisher nicht geschehen, deshalb fordern wir im Namen der Bevölkerung, welcher Stadt es auch sei,

das Strahlenschutzgesetz.

Für dieses Schutzgesetz fordern wir:

1. seine schnellstmögliche Verabschiedung im Bundestag
2. seine Anwendung a) auf die gesamte Bevölkerung
b) darüber hinaus speziell auf die im Reaktor Arbeitenden
3. eine Fachkommission für Strahlenschutz - unbedingt souveräner Sicherheits-
Ausschuß - und zwar aus Fachleuten der Schutzforschung
4. Errichtung von Forschungsstellen für Biologie und Medizin unabhängig von Interessengruppen
5. Laufende Überwachung von Luft, Wasser, Boden und Nahrung
6. Bürgschaft des Staates für alle Körper- und Sachschäden
7. Katastrophenschutz! (u. a. Aufstellung von ärztlichen u. technischen Einsatzgruppen)

Aktionsgemeinschaft für Strahlenschutz

Gruppe Karlsruhe

Diese Protestaktion schlug Wellen. Die Presse witterte eine Sensation. Anders als von den Betroffenen vermutet, entpuppte sich der Inhalt der Flugblätter, für die die Stadträtin Toni Menzinger verantwortlich zeichnete, jedoch keineswegs als übles Pamphlet gegen die Reaktoransiedlung bzw. Atomenergienutzung, sondern forderte in sachlicher Weise nichts anderes ein, als die Verabschiedung eines Strahlenschutzgesetzes durch den Bundestag. Mochte die Form der demonstrativen Vorgehensweise auch als Affront gewertet werden, so fanden Menzingers inhaltliche Forderungen durchgängig Zustimmung und eine wohlwollende Würdigung in der Presseberichterstattung.²⁰

Schien der Weg zur Errichtung der Bundes-Reaktorstation nach dem mehrjährigen Ringen um die Standortfindung, der positiven Willenserklärung des Stadtrates zum Projekt und der Gründung der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft in Karlsruhe nunmehr endgültig frei zu sein, so kam es seit September 1956 zu Entwicklungen, die, gänzlich überraschend, das sicher geglaubte Vorhaben grundsätzlich in Frage stellten und nicht nur zu vehementen Protestaktionen, sondern auch zu heftigem öffentlichen Widerstand²¹ gegen die Reaktoransiedlung führten. Was war geschehen, um einen derartigen Meinungsumschwung zumindest in den Landkreismunicipalitäten Karlsruhes auszulösen?

Ursächlich hierfür war ein kurzer Artikel in der Stadtausgabe der „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 8. September 1956, der die auf den ersten Blick wenig spektakulär klingende Überschrift trug: „Atommeiler voraussichtlich nicht auf Karlsruher Gemarkung“²². In diesem wurde darüber informiert, dass „der Karlsruher Atommeiler ... aller Voraussicht nach nicht auf dem ursprünglich vorgesehenen Gelände am Rhein (bei Maxau; R.G.), sondern nordöstlich davon im Hardtwald, außerhalb der Karlsruher Gemarkung, gebaut werden (solle).“²³ Ursächlich hierfür seien zum einen die zu geringen Flächenerweiterungsmöglichkeiten für die Zukunft des Atomzentrums sowie zum anderen die höchst kostenaufwendige Notwendigkeit von vorzunehmenden Geländeaufschüttungen von mehreren Metern infolge der Hochwassergefährdung durch den Rhein. Von besonderer Sprengkraft erwies sich dabei allerdings eine

eher beiläufige Formulierung im Artikel. Darin hieß es: „Natürlich spielte bei dem Wunsch, weiter nach Norden zu gehen, auch die Sicherheitsfrage eine Rolle. Aber es handelte sich hier doch mehr oder weniger um eine psychologische Frage.“²⁴ Die Landgemeinden wurden von dieser Pressemitteilung völlig unvorbereitet überrascht. Sie waren bisher in keiner Weise in das Karlsruher Projekt eingebunden worden und sahen sich brüskiert. Es drängte sich bei ihnen der Eindruck auf, dass sich die Stadt aus Sicherheitsgründen des Vorhabens „Reaktorstation“ zu entledigen und auf die Landgemeinden abzuwälzen gedachte. Diese sollten offenbar die Suppe auslöffeln, die sich die Stadt Karlsruhe und ihr Oberbürgermeister eingebrockt hatten. Ein derart übergriffiges, arrogantes Verhalten war nicht akzeptabel. Die Bevölkerung der Hardt-Gemeinden befand sich dementsprechend in „heller Aufregung.“²⁵ Bei dieser Sachlage war es unumgänglich, sich gegen dieses Vorhaben der Stadt Karlsruhe zur Wehr zu setzen und Widerstand zu leisten. Die Bürgermeister der Hardt-Gemeinden und der zuständige Landrat Joseph Groß wurden aktiv und wandten sich mit ihrem Gesprächsbedarf folgerichtig an den Karlsruher OB Klotz, sowie die KBB und deren Geschäftsführer Gerhardt Ritter, Rudolf Greifeld und Prof. Otto Haxel.²⁶ Die Einwände, die die Hardt-Bürgermeister gegen das Projekt vorbrachten, umfassten im Kern folgendes:

- 01** Es bestünde die Gefahr der radioaktiven Verseuchung von Luft, Grundwasser und Boden, wodurch den agrarisch geprägten Gemeinden die Lebensgrundlage entzogen würde;
- 02** Der Abstand der Reaktorstation zu besiedeltem Gebiet von 2 bis 3 km sei zu gering;
- 03** Im Falle eines Krieges würden Kernreaktoranlagen zum bevorzugten Kriegsziel;
- 04** Die erforderlich großflächige Abholzung von Waldflächen sowie die Grundwasserentnahmen würden sich negativ auf die Klimaverhältnisse auswirken;
- 05** Es bestünde im Hinblick auf Schadenersatz- und Haftungsfragen bei auftretenden „Atomschäden“ keinerlei Rechtsgrundlage, da dies infolge eines ausstehenden Atomgesetzes nach wie vor nicht geregelt sei.

Dass die Gemeinden insbesondere im Hinblick auf die Thematik des Abstandes des geplanten Atomreaktors zu bewohntem Gebiet tatsächlich richtig lagen, konnten sie nur erahnen, nicht jedoch wissen oder gar belegen. Demgegenüber war dieser Sachverhalt der Geschäftsleitung der KBB durchaus bekannt, und zwar durch einen streng vertraulichen Bericht ihres für die Reaktorplanung zuständigen Chefwissenschaftlers Prof. Karl Wirtz. Dieser hatte über vertrauliche Gespräche mit Kollegen der britischen Atomkommission an die Geschäftsleitung der KBB nämlich berichtet:

01 „Der Standort I (bei Maxau am Rhein; R-J.G. und II (Staatsforst Hardtwald, noch auf Karlsruher Stadtgebiet gelegen, R-J.G.) werden als absolut unmöglich bezeichnet, wegen der zu geringen Entfernung von der Stadt.

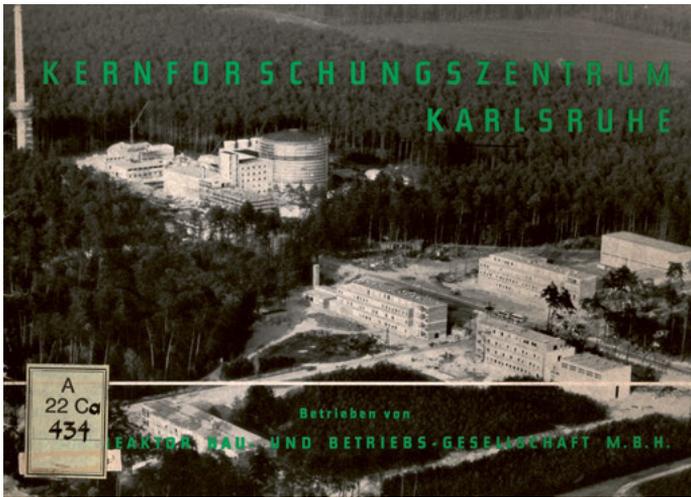
02 Beim Standort III (Gemarkung Leopoldshafen, R-J.G.) würde das englische Sicherheitskomitee wahrscheinlich auch die ‚Augenbrauen hochziehen‘. Schließlich würde man aber wohl mit dem Standort III durchkommen. Er sei ‚fifty-fifty‘.²⁷

Die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzthematik war, wie bereits durch den Artikel in der „Weltwoche“ von Robert Jungk im Vorfeld der Reaktoransiedlung 1955 problematisiert, mit großer Brisanz somit auf die politische Bühne zurückgekehrt.

Um die Ablehnungsfront der Hardt-Gemeinden demokratisch zu legitimieren, riefen deren Bürgermeister zu öffentlichen Bürgerversammlungen auf, die auch mit breitester Beteiligung wahrgenommen wurden. Den Auftakt bildete die Friedrichstaler Bürgerversammlung vom 29. Oktober 1956 unter ihrem Bürgermeister Max Borell, der sich später dann von der Zeitschrift „Der Stern“ nicht nur mit dem diffamierenden Superlativ „Atomreaktionär“ belegen, sondern auch als Fortschrittsfeind bezeichnen lassen musste.²⁸ Dem Friedrichstaler Beispiel folgend fanden dann Anfang Dezember 1956 auch in den Gemeinden Blankenloch, Hochstetten, Graben, Linkenheim, Liedolsheim und Leopoldshafen Bürgerversammlungen zum Thema Reaktoransiedlung statt. Auch diese waren bestens besucht und unterstrichen von ihren Abstimmungsergebnissen her eindringlich die Ablehnung des Projekts.²⁹ Hierbei

wurde von den Bürgern, trotz der Anwesenheit von Beamten der Kriminalpolizei, die die Versammlung zu beobachten und darüber Bericht zu erstatten hatten, hinsichtlich ihrer ablehnenden Haltung kein Blatt vor den Mund genommen. Die Presse begleitete diese Geschehnisse in ihrer Berichterstattung mit einem eher verwundert abschätzigen Kopfschütteln und Überschriften wie „Bauern gegen Atom“, „Tabakbauern fürchten die Atome“, „Mit Dreschflegeln und Mistgabeln: Friedrichstal macht Bonn die Hölle heiß“ oder „Kreuzzug der Spargelbauern gegen die Atomkraft“.³⁰ Es spiegelte sich hierin die Auffassung wider, dass sich unwissende „Hinterwäldler“ in ihrer Borniertheit dem unverzichtbaren technischen Fortschritt und damit dem zukünftigen Wohlstand der Bundesrepublik in den Weg stellen würden.

Zwischenzeitlich hatten die Gemeinden Linkenheim, Blankenloch, Eggenstein, Friedrichstal, Hochstetten und Rußheim auch auf formalpolitischer Ebene damit begonnen, ihren Widerstand gegen das Atomprojekt zu organisieren. Am 15. Dezember 1956 hatten sie eine gemeinsame Petition an den Landtagspräsidenten von Baden-Württemberg gerichtet und diesen aufgefordert, sich in ihrem Sinne gegen die Errichtung des geplanten Atommeilers zu stellen.³¹ Allerdings sollte diese Maßnahme nicht mehr zum Tragen kommen. Der politische Druck, den die Landesregierung auf die Hardt-Gemeinden ausgeübt und mit der Inaussichtstellung von finanziellen Förderprogrammen für Infrastrukturprojekte gekoppelt hatte, zeigte schließlich die erhoffte Wirkung. Die Gemeinde Leopoldshafen, auf deren Gemarkung das Atomforschungszentrum nun errichtet werden sollte, scherte aus der bisherigen gemeinsamen Abwehrfront der Petitionssteller aus. Man hatte in der Gemeinderatssitzung vom 18. Dezember 1956 beschlossen, mit sofortiger Wirkung von der Landtagspetition und den dort erhobenen Einwendungen gegen das Projekt Abstand zu nehmen und fortan der Durchführung der Reaktoransiedlung positiv gegenüberzustehen. Dieser Sinneswandel wurde damit begründet, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung infolge etlicher öffentlicher „Aufklärungsveranstaltungen“, in denen hochrangige Wissenschaftler die völlige Ungefährlichkeit der Reaktorstation dargelegt hatten, gewandelt habe und man darüber hinaus auch damit rechnen könne, maßgeblich am ökonomischen Aufschwung, der von dem Projekt



**02 – Blick auf das Kernforschungs-
zentrum Karlsruhe (um 1960)**

ausginge, zu partizipieren. Damit war der Weg zur Erteilung der ersten Baugenehmigung durch das Landratsamt frei, die am 6. April 1957 durch den zuständigen Landrat Groß erfolgte. Im Anschluss daran machte der Bau der Reaktorstation rasch Fortschritte.

Sollten die KBB und ihre Gesellschafter allerdings geglaubt haben, dass damit der Widerstand gegen ihr Vorhaben ein Ende gefunden habe, so mussten sie sich umgehend eines anderen behelren lassen. Die Stimmungslage der Bevölkerung in den Anliegergemeinden Leopoldshafens, insbesondere in den Protesthochburgen Friedrichstal und Linkenheim, blieb dem Projekt gegenüber weiterhin ablehnend und feindselig.

Dies zeigte sich auf spektakuläre Weise in einer Aktion der Gemeinde Linkenheim. Man sah sich im politischen Diskurs über Technikzukünfte von jedweder demokratisch legitimierenden Mitwirkungsmöglichkeit an fundamentalen gesellschaftsrelevanten Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. In Reaktion hierauf beschloss man, ein Fanal zu setzen und die anstehende Bundestagswahl vom 15. September 1957 demonstrativ zu boykottieren. Dieser Wahlboykott, als Zeichen des offenen Protestes gegen den Atomreaktorbau und eine geforderte demokratische Legitimierung des Vorhabens, wurde auf einer gesonderten Bürgerversammlung der Gemeinde gemeinsam beschlossen und in eindrucksvoller Weise in die Tat umgesetzt. Von den 2.363 wahl-

berechtigten Bürgern der Gemeinde Linkenheim gaben zur Bundestagswahl daraufhin nur 47 ihre Stimme ab. Dies entsprach einer Wahlbeteiligung von gerade einmal 1,98 %.

Die nach wie vor das Reaktor-Ansiedlungsprojekt ablehnende Haltung der Gemeinden Linkenheim und Friedrichstal fand ihren Niederschlag auch darin, dass diese sich veranlasst sahen, gegen das Projekt den Rechtsweg zu beschreiten. Gegen die erteilte Baugenehmigung wurde Verwaltungsbeschwerde beim Regierungspräsidium Nordbaden eingelegt und dies mit dem Antrag auf Erlass einer Verfügung verknüpft, welche den Aufschub von Baumaßnahmen bis zur Entscheidung des Rechtsstreites zum Gegenstand hatte. Dies wurde allerdings durch die Genehmigungsbehörde unter Landrat Joseph Groß mit einer Anordnung des Vollzugs der Baugenehmigung gemäß § 51(1) VwVfG im allgemeinen öffentlichen Interesse gekontert und damit jedem Rechtsmittel seine aufschiebende Wirkung genommen. Die Gemeinden Friedrichstal und Linkenheim mussten mithin weitere anderweitige juristische Schritte einleiten. Dies betraf zum einen eine Klage vor dem Verwaltungsgericht mit dem Ziel der Aufhebung der Versagung einer aufschiebenden Wirkung der Verwaltungsbeschwerde. Zum anderen eine Klage vor der zweiten Zivilkammer des Landgerichtes Karlsruhe mit dem Ziel eines Verbotes des Bauvorhabens zur Wahrung des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit.³² Hierzu hatte der Rechtsvertreter der Gemeinden, Anwalt Heinrich Ehlers, unter dem Titel „Zuerst

Sicherheit, dann Atomreaktorbau“³³ eine umfassende und auch öffentlich vielbeachtete Abwehrschrift verfasst. All diesen juristischen Anstrengungen der Gemeinden Friedrichstal und Linkenheim war allerdings kein Erfolg beschieden. Vor dem Hintergrund der Höhe der von den kleinen, finanzschwachen Gemeinden möglicherweise zu tragenden Prozesskosten im sechsstelligen Bereich strichen sie die Segel und schlossen mit der KBB am 16. September 1958 einen außergerichtlichen Vergleich.³⁴ Man zog seine Einwendungen gegen den Bau der Reaktorstation zurück und beugte sich der Macht des Faktischen. Die bisher aufgelaufenen Prozesskosten wurden im Wesentlichen von den Prozessgegnern übernommen, so dass die finanziell ohnehin klammen Gemeinden selbst nur einen bescheidenen Betrag von je 6.500 DM zu tragen hatten. Damit fand der frühe Widerstand gegen die Ansiedlung der Bundes-Reaktorstation notgedrungen zwangsläufig sein formales Ende.



**03 – Blick ins Innere des Reaktors
Karlsruhe (um 1965)**

Anmerkungen

- 1 Die KBB war ein Unternehmen in der Rechtsform der GmbH zur Finanzierung des Baus der Reaktorstation. Beteiligt waren hieran die Privatindustrie über ihre Kernreaktor-Finanzierungsgesellschaft mit einem Anteil von 50 %, die Bundesrepublik Deutschland mit 30 % und das Land Baden-Württemberg mit 20 %.
- 2 Schelling, Erich: 10 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe, Karlsruhe: Gesellschaft für Kernforschung mbH 1966.
- 3 Badische Neueste Nachrichten, Nr. 168, 20.7.1956.
- 4 Stadtverwaltung München (Hg.): Max-Planck-Institut für Physik, Reaktorverwaltung und Reaktorstation, München Dezember 1954 (Bewerbungsschrift, München). Zur Berichterstattung hierzu vgl.: Süddeutsche Zeitung/München, Nr. 99 vom 12.1.1955; Badische Neueste Nachrichten vom 13.1.1955.
- 5 Gleitsmann, Rolf-Jürgen: Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950–1955), Karlsruhe: Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH 1987.
- 6 Rede Veit zur Gründungsfeier der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft am 19.7.1956 in Karlsruhe, Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA); 69/KfK BN 311.
- 7 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS), EA 6/10, Bü 8710, Nr. 148.
- 8 Müller, Wolfgang D.: Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Anfänge und Weichenstellungen, Stuttgart: Schäffer Verlag 1990, S. 208–213.
- 9 Gleitsmann: Im Widerstreit der Meinungen.
- 10 Stadtarchiv Karlsruhe (StAK), Briefwechsel OB Klotz mit E. Telschow, MPG, H. Nr.781.57, H.1 vom 26.5.1953.
- 11 Gleitsmann, Rolf-Jürgen / Oetzel, Günther: Fortschrittsfeinde im Atomzeitalter? Protest und Innovationsmanagement am Beispiel der frühen Kernenergiepläne der Bundesrepublik Deutschland, in: ders. (Hg.): Technikdiskurse. Karlsruher Studien zur Technikgeschichte, Bd. 5, Diepholz, Berlin: Scientific Publishing 2012, S. 47–50, S. 159–184.
- 12 Süddeutsche Zeitung, Nr. 39, 17.2.1954.
- 13 Privatarchiv Toni Menzinger, Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenverbände an OB Klotz vom 16.9.1955; Menzinger, Toni: persönliche Mitteilung am 01.06.1987.
- 14 Robert Jungk: Die „unheimliche Krankheit“. Schatten über der Atomzukunft, in: Die Weltwoche, Nr. 1138, 2. 9.1955, S. 7.
- 15 Gleitsmann / Oetzel: Fortschrittsfeinde im Atomzeitalter?, S. 46.
- 16 „Der Protest Ist ein verbaler ... Ausdruck der Zurückweisung oder des Widerspruchs gegenüber bestimmten Geschehnissen, Situationen oder gegenüber einer bestimmten Art der Politik.“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Protest>, Zugriff: 30.11.2022.
- 17 Gleitsmann / Oetzel: Fortschrittsfeinde im Atomzeitalter?, S. 159–184.
- 18 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), Presseberichterstattung, in: Badische Neueste Nachrichten, 17.09.1955; Presseberichterstattung, in: Badische Volkszeitung, 19.09.1955, Bestand 69/BN 547.
- 19 Privatarchiv Toni Menzinger, Schreiben der Arbeitsgemeinschaft; Privatbesitz R.-J. Gleitsmann Interview mit Toni Menzinger vom 1.6.1987 (Tondokument: Privatbesitz wie zuvor).
- 20 Erinnerungen an einen großen Tag, in: Badische Neueste Nachrichten, 20.7.1956.
- 21 Widerstand (Politik), [https://de.wikipedia.org/wiki/Widerstand_\(Politik\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Widerstand_(Politik)), Zugriff: 01.12.2022.
- 22 Badische Neueste Nachrichten, Nr. 211, 08.09.1956.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Landratsamt Karlsruhe, Brief Landrat Groß an MdB Leonhardt, 09.10.1956.
- 26 Landratsamt Karlsruhe, Landrat Groß an die Bürgermeister der Unteren Hardt, 19.9.1956; Landrat Groß an die KBB, 07.11.1956.
- 27 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), 69/KfK BN 311.
- 28 Max Borell, der Atomreaktionär, in: Der Stern, Januar 1957.
- 29 Gleitsmann / Oetzel: Fortschrittsfeinde im Atomzeitalter?, S. 74–78.
- 30 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), Bestand 69/BN 547.
- 31 Landesratsamt Karlsruhe, Petition der Gemeinde Linkenheim u.a. an den Präsidenten des Landtages Baden-Württemberg.
- 32 LRA Informationsdienst „Nucleus“, Nr. 33, 18.8.1957.
- 33 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), 69/KfK BN 143.
- 34 Gleitsmann / Oetzel: Fortschrittsfeinde im Atomzeitalter?, S. 98f.

Abbildungen

01:
Flugblatt: Atomreaktor in Karlsruhe, Aktions-
gemeinschaft / Gruppe Karlsruhe, Karlsruhe
1956
WLB Stuttgart / BfZ: Flugblätter Neue Soziale
Bewegungen (Schenkung Gleitsmann-Topp).

02:
Lehmann, Walter M. (Redaktion): Kern-
forschungszentrum Karlsruhe, Karlsruhe um
1960
WLB Stuttgart: A22Ca/434, Umschlag

03:
Lehmann, Walter M. (Redaktion): Kern-
forschungszentrum Karlsruhe, 3. Auflage,
Karlsruhe 1965, S. 15.
WLB Stuttgart: 15Ca/64

